

# Europa, was haben wir davon?

Die Medien berichten sehr verwirrend über das Geschehen auf europäischer Ebene, zumal kommunale, nationale und internationale Geschehnisse aufreißerisch vermengt werden. Es ist zwar richtig, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Staaten, wie Griechenland und Spanien, zu wünschen übrig lassen. Aber die deutsche Wirtschaft ist auffallend sehr stabil. Die Jugend hat entgegen den südeuropäischen Ländern, wo jeder zweite Jugendliche arbeitslos ist, sehr gute Chancen eine Lehrstelle und einen Arbeitsplatz zu bekommen. Unser Problem ist das Gefälle in der Bezahlung von Arbeit. Diese führt im Alter in die Armut. Dieses ist aber ein **nationales Problem**.

Die Sozialdemokraten, die Linke und die Grünen hatten deshalb in ihren Wahlprogrammen eine steuerliche Umverteilung zu Gunsten der Abhängig-Beschäftigten gefordert.

Die **Europäische Union** hatte durch die **Kommission** ein Instrument geschaffen, die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt zu mildern, den **Europäischen Sozialfond (ESF)**. Aus diesem Fond werden in **Deutschland** u.a. die Mittel für die Qualifizierung zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess (**Sozialgesetzbuch Teil II und III**) bezahlt. Von den Medien wird dieses fälschlich „Hartz IV“ genannt. Außerdem werden Unterstützungsleistungen zur Beschaffung von Lehrplätzen für Jugendliche und Arbeitsplätzen für über 50-jährige aus diesem Fond bezahlt.

Aus der **dpa**-Meldung vom **12. Januar 2014** geht sogar hervor, das Deutschland kaum Mittel aus dem ESF-Fond abgerufen hat. [http://www.t-](http://www.t-online.de/wirtschaft/jobs/id_67368848/deutschland-laesst-eu-milliarden-fuer-arbeitsmarkt-liegen.html)

[online.de/wirtschaft/jobs/id\\_67368848/deutschland-laesst-eu-milliarden-fuer-arbeitsmarkt-liegen.html](http://www.t-online.de/wirtschaft/jobs/id_67368848/deutschland-laesst-eu-milliarden-fuer-arbeitsmarkt-liegen.html) . Laut dpa sollen nur 63% der Mittel abgerufen worden sein, also ca. 3 Milliarden EURO wurden nicht abgerufen.

Deswegen ist die von der **CSU** angezettelte Diskussion fehl am Platz. Nur in **Deutschland-Beschäftigte** haben **nach 18 Monaten Arbeit** Anspruch auf volle **Lohnersatzzahlungen**. Diese werden vorrangig von allen Arbeitnehmern während des Arbeitsprozess in einen deutschen Fond eingezahlt, früher bekannt unter **Arbeitslosengeld**. **Somit ist die Behauptung der CSU fehl am Platz**.

Die Problematik bei den Ballungszentren ist vielmehr, dass die Zahlungen aufgrund eines Vorjahresschlüssel von der Bundesregierung über die Länder an die Kommunen zur Verfügung gestellt werden, die **Kommunen** also nur in **Vorkasse treten** müssen für jeweils ca. **2 Tausend Bürger pro Großstadt** (über 500 Tausend Einwohner).

Die ausstehenden Entscheidungen des **Europäischen Gerichtshof** beziehen sich nur auf die Mittel aus dem **ESF**. Einen Blick in das Sozialgesetzbuch, Teil IX und XII, ehemals **Sozialhilfe**, gibt auch heute schon Auskunft über die Rechte europäischer Bürger aus den 28 EU-Staaten, deren **Wohnsitz in Deutschland** ist. Auch hier gilt eine Melde- und Anwesenheitspflicht.

Die Medien und einige Parteien reiten somit auf den Mythen über die EU herum. Eine Zusammenstellung dieser Mythen findet man u.a. <http://ec.europa.eu>.

Hier nun zu den eigentlichen **Vorteilen**, die uns der Zusammenschluss der 28 Nationen bringt.

Wir haben

- seit fast 50 Jahren Frieden
- wir können in 28 Staaten leben und arbeiten
- wir können die Krankenkassenleistungen in 28 Staaten in Anspruch nehmen, sie werden von der gesetzlichen Krankenkasse gemäß Deutschlandtarif vergütet.
- wir haben in 18 Staaten ein und dieselbe Währung, den EURO
- das Recht wurde in mindestens 18 Staaten angepasst

# Europa, was haben wir davon?

- die restlichen 10 folgen
- das Europarecht ist den nationalen Rechten übergeordnet
- Deutschland hat den größten Binnenmarkt aller Zeiten
- der Europäische Gerichtshof wacht über die Einhaltung der Ziele der europäischen Gemeinschaft
- die Europäische Zentralbank wacht über die Stabilität unserer Währung
- der EURO ist einer der Leitwährungen der Welt
- viele Währungen richten sich im Wert nach dem EURO
- die Vormachtstellung am Welt- und EU-Binnenmarkt sichert die Arbeitsplätze in Deutschland.

Der Zusammenschluss der Gewerkschaften in Europa (**EGB**) und die **ILO** (Internationale Arbeitsorganisation) sorgen dafür, dass die Arbeitnehmerrechte gewahrt werden. Sie wirken indirekt über die EU-Agenturen, wie **EFT** (Europäische Stiftung für Berufsbildung), **Eurofound** (Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen) und **EU-OSHA** (Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz) auf die EU-Kommission und das EU-Parlament ein.

Neben dem **ESF** haben noch weitere Förderprogramme Einfluss auf den Arbeitsmarkt und den Lebensraum vor Ort. **EFRE**, der Europäische Fond für die Regionale Entwicklung, und der **ELER**, der Europäische Fond für den Ländlichen Entwicklungsraum.

Diese Gelder werden vorrangig über die Landesarbeitsgemeinschaften (**LAG**) bzw. Aktivregionen verteilt. Die Landesämter erteilen den Bescheid, der vorher durch die LAG's bzw. Aktivregionen geprüft worden sind. Die Abwicklung erfolgt zusammen mit den Projektträgern.

Ab der Legislaturperiode 2014-2020 sind auch Kooperationen zwischen den einzelnen Fonds möglich, also ESF und ELER bzw. ESF und EFRE. Bei Pilot- bzw. Leuchtturmprojekten kann auch über die Regionen hinaus kooperiert werden.

In 2014 beginnt die neue **Planungsperiode 2014-2020**. Die Kommunen und Bürger sollten sich bereits jetzt Gedanken machen, welche Projekte zur Kofinanzierung sich eignen. Ab dem Dritten Quartal 2014 können die Gelder bei den verantwortlichen Stellen abgerufen werden.

Die Mittelkürzungen haben eher die Ursache im Nichtabrufen der Gelder als im Sparen (der Zinsen) wegen dem Ausufern des EU-Haushaltes. Zumal der EU-Haushalt nur halb so gross ist wie der Haushalt der Bundesrepublik Deutschland.

Reinhold Nawratil

Norderstedt, 13. Januar 2014